

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 29

DIENSTAG, DEN 14. APRIL

2015

Inhalt:

	Seite		Seite
Öffentliche Zustellung.....	733	Öffentliche Zustellung.....	733
Öffentliche Zustellung.....	733	Öffentliche Auslegung eines Bauleitplan-Entwurfs..	734

BEKANNTMACHUNGEN

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Andjelo Adzovic, geboren am 29. April 1978, zuletzt bekannte Anschrift: Hütten 42, 20355 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 23. April 2015 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 211, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 8. Mai 2015 als bewirkt.

Hamburg, den 24. März 2015

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 733

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Bedrettin Yildiz, zuletzt bekannte Anschrift: Grotestraße 6, 21107 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 5. Mai 2015 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein

Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 223, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 20. Mai 2015 als bewirkt.

Hamburg, den 1. April 2015

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 733

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Pascal Scheele, zuletzt bekannte Anschrift: Marktstraße 27 bei Tichy, 20357 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 5. Mai 2015 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 223, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 20. Mai 2015 als bewirkt.

Hamburg, den 1. April 2015

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 733

wird das Zwischengeschoss abgebrochen und die Fundamentbereiche ertüchtigt.

3. Erweiterung Neubau: Nach dem Abtrag der seitlichen Aufschüttung erfolgt der Anbau eines u-förmigen, eingeschossigen Gebäudes mit Gastronomie-, Verwaltungs- und Büroräumen. Der Neubau wird entlang einer Winkelstützwand vom Gewerk Freianlagen mit Boden wieder angedeckt, so dass von außen nahezu der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt wird.

Ausführung der Leistungen in einem Bauabschnitt, Abbruch, Umbau und Neubau, kein laufender Betrieb.

Abbrucharbeiten Bestandsbau, Abbrucharbeiten Zwischengeschoss/Innenräume.

- Sicherung von Bestandsstüren und -fenstern vom Deckengemälde, Abbruch von Boden-, Wand-, Deckenbelägen und Ausbauobjekten des Zwischengeschosses und der Ebene 01 gem. Schadstoffkataster, Abbruch nichttragender und tragender Innenwände/Stützen, Abbruch von tragenden Decken und Treppen.

Flächengerüst

- Abfangung der Decke über Foyer mittels Flächengerüst aus Stahlträgern in Form eines Sprengwerks.

Abbrucharbeiten Gründung Foyer

- Abbruch der vorhandenen nichttragenden Betonsohle, Erdaushub zwischen den Bestandsfundamenten, Abbruch Bestandsfundamente, Teilabbruch Ringfundamente für Durchgänge.

Abbrucharbeiten Außenanlagen

- Abbruch von Pflanzflächen, Pflasteraufbauten, Erdsockel, Geländeanschlüttung, Aufzugsanlage, Kampfmittelsondierung in kleinen Teilbereichen.

Stahlbetonarbeiten Altbau

- Herstellen der Magerbetonauffüllungen, abschnittsweise, Herstellen der WU-Stb.-Sohle mit Anschlussbewehrung inkl. Unterbauten (verdichteter Sand, Trennlage, Magerbeton, Dämmung), Herstellen Foyerstützen, Herstellen Stb.-Zwischendecke mit Auflager teilweise auf Bestandskonstruktion, Herstellen Stb.-Treppe, Herstellen von Durchbrüchen und Kernbohrungen.

Erdarbeiten

- Baugrubenaushub Haustechnikeller inkl. kleiner Verbau, Baugrubenaushub Neubauring, bei Bedarf mit offener Wasserhaltung, Einbau einer Drainage Stahlbetonarbeiten.

Neubau

- Herstellen des Haustechnikellers, Herstellen der Lüftungstürme, Herstellen der Magerbetonauffüllung (abschnittsweise), Herstellen der WU-Stb.-Fundamentplatte inkl. Frostschräge und inkl. Unterbauten (verdichteter Sand, Trennlage, Magerbeton, Dämmung), Herstellen der Außenwände als FT-Stütze, Herstellen der Außenwände als Ortbeton gegen Erdreich, Herstellen der FT-Innenstützen, Herstellen der WU-Stb.-Flachdecke ohne Lasteintragung in die Arkadenpfeiler inkl. Stb.-Attika, Herstellen von Durchbrüchen und Kernbohrungen inkl. Dämmarbeiten und Abdichtungsarbeiten.

Fassade Mauerwerk

- Liefern und Erstellen des Klinker-Verblendmauerwerks des Neubaurings inkl. Dämmschicht, inkl. Betonfertigteilstützen mit Riemchen und Konsolan-

kern; inkl. Reliefausbildung der Verblendung analog Bestandsgebäude.

Alu-Fenster und Alu-/ Stahl-Türen

- Herstellen, Liefern und Montieren von Aluminiumfenstern und Aluminiumtüren für die Aussenwände, Herstellen, Liefern und Montieren von Aluminiumtüren im Innenbereich, Herstellen, Liefern und Montieren von 2 Stahltüren im Außen- und Innenbereich.

Dachabdichtungsarbeiten

- Liefern und Verlegen von Dämmung und Gefälledämmung, Liefern und Verlegen von Dichtungsbahnen, inkl. das Ausbilden aller notwendigen Anschlüsse und Abdeckungen.

Gesamtmenge bzw. -umfang Baumasse: Umbau zweigeschossiges Foyer Bestandsgebäude und Neubauring:

- Umbauter Raum: 8.555 m²
- Umbau Foyer Ebene 00: 365 m²
- Umbau Foyer Ebene 01: 525 m²
- Neubau Ebene 00: 1060 m²
- Gebäudehöhe über Gelände: Neubauring: ca. 4,00 m, Bestandsgebäude: ca. 56 m
- Anzahl Geschosse: 2 Vollgeschosse, Bestandsgebäude: 7 ½ Geschosse
- Grundfläche Gebäude (Bodenplatte): 1425 m²
- Fassadenfläche einschl. Außentüren- und Fensterfläche: 888 m² (31 Stck. Fenster, 18 Stck. Außen- und Innentüren)
- Dachfläche als begehbare Terrasse: 1.100 m²

g) Entfällt

h) keine Lose vorgesehen

i) Beginn: August 2015
Ende: April 2016, BE November 2016

j) Nebenangebote sind zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Einsichtnahme vom 10. April 2015 bis 27. Mai 2015, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.

Anschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
RB/ZVA, Zimmer E 01.272,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 05 27

l) Höhe des Kostenbeitrages: 5,- Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung. Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20
IBAN DE50 2001 0020 0375 2022 05
BIC PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 2. Juni 2015, 9.30 Uhr, eingereicht werden.

- o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle RB/ZVA, Zimmer E 01.421,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 2. Juni 2015 um 9.30 Uhr
Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle, ZVA, Zimmer E01.421,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Siehe Vergabeunterlagen
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 2. September 2015.
- w) Beschwerdestelle:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Amtsleiter – ABH – L,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: 040/42794-0135

Hamburg, den 7. April 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 288

Öffentliche Ausschreibung

- a) Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ABH 44 – Hochbaudienststelle –,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: 040/42731-0527,
E-Mail: eroeffnungsstelle@bsu.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Die Vergabeunterlagen werden auf CD an Sie versandt. Auf Nachfrage besteht die Möglichkeit, Ihnen die Unterlagen – gegen Erstattung eines erhöhten Kostenbeitrags in Höhe von insgesamt 25,- Euro auch in **Papierform** (Angebotsheftung) zu übersenden. In diesem Fall überweisen Sie bitte den erhöhten Kostenbeitrag.
Die Abgabe des Angebots hat weiterhin ausschließlich in Papierform zu erfolgen, wir bitten Sie aber, Ihr bepreistes Leistungsverzeichnis zusätzlich als Angebotsdatei (d84, p84 oder x84) beizufügen.
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Planetarium Hamburg,
Otto-Wels-Straße 1, 22303 Hamburg
- f) Vergabenummer: **ÖA-ABH4-079/15**
Umbau und Erweiterung des Planetariums Hamburg:
Landschaftsbauarbeiten
– 900 m³ Füllbodenauftrag zur Geländeauffüllung und Herstellung eines neuen Erdwalls/Böschung mit einer Neigung ca. 1:2.
– 315 m² Pflasterarbeiten aus Betonquadratpflaster für begehbbare Bereiche.
– 60 m² Pflasterarbeiten aus vorh. Großsteinpflaster für befahrbare Bereiche.
– 150 m vorh. Granitborde setzen als Einfassung der Böschung.
– 120 m Rasenbord 5/20 cm setzen als Einfassung der Pflasterbeläge.
– 53 m Winkelstützwände, Höhe 2,00 m, zur Abfangung der Böschung radial setzen.
– 18 m Mauern aus Schalungssteinen verkleidet mit Natursteinplatten und Natursteinabdeckung in Teillängen von 4,50 m, Mauerhöhe 80 cm.
– 160 m Stahleinfassung, verzinkt, radial, Stärke 8mm, Höhe 75 mm.
– 35 m Stahleinfassung, verzinkt, gerade, Stärke 8mm, Höhe 75 mm.
– 175 m Zaunbauarbeiten.
– 650 m² Buchsbaumpflanzung, flächig gepflanzt, auf Böschung, Neigung bis 1:2.
– 90 m Heckenpflanzung 2-reihig, bzw. 3 reihig in Stahleinfassung, Breite ca. 154 cm.
– 105 m² Extensivbegrünung.
– 285 m² Herstellen von Rasenflächen.
- g) Entfällt
- h) keine Lose vorgesehen
- i) Beginn: Mai/Juni 2016
Ende: November 2016
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Einsichtnahme vom 10. April 2015 bis 27. Mai 2015, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
RB/ZVA, Zimmer E 01.272,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Telefax: 040/42731-0527
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 5,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung. Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Konto-Nr.: 375 202 205, BLZ: 200 100 20
IBAN DE50 2001 0020 0375 2022 05
BIC PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 2. Juni 2015, 10.30 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle RB/ZVA, Zimmer E 01.421,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 2. Juni 2015 um 10.30 Uhr
 Anschrift:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
 Eröffnungsstelle, ZVA, Zimmer E01.421,
 Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
 Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Siehe Vergabeunterlagen
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 2. September 2015.
- w) Beschwerdestelle:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
 Amt für Bauordnung und Hochbau,
 Amtsleiter – ABH – L,
 Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
 Telefax: 040/4 27 94 - 01 35

Hamburg, den 7. April 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 289

**Auftragsbekanntmachung
 (Richtlinie 2004/18/EG)**

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**
 Offizielle Bezeichnung:
 Bundesrepublik Deutschland, diese vertreten durch das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), dieses vertreten durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg (BSU), Amt für Bauordnung und Hochbau (ABH), Bundesbauabteilung (BBA)
 Postanschrift:
 Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n): Vergabestelle
 Telefax: +49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
 E-Mail: vergabestelle@bba.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung

- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Neubau Multifunktionsgebäude, Bundeswehrkrankenhaus Hamburg, Lesserstraße 180, 22049 Hamburg, Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI 2013.

- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Bundesbauabteilung der Freien und Hansestadt Hamburg ist vom Bundesministerium der Verteidigung (Bauherr) mit der Durchführung Baumaßnahme der Bundeswehr „Neubau Multifunktionsgebäude“ für das Bundeswehrkrankenhaus Hamburg beauftragt worden. Integraler Bestandteil der Planung des Multifunktionsgebäudes ist auch der Neubau des Schifffahrtmedizinischen Instituts der Marine.

Das Bundeswehrkrankenhaus Hamburg ist mit seinen 15 medizinischen Fachdisziplinen die größte militärische Behandlungseinrichtung in Norddeutschland und fest in das zivile Gesundheitsnetz der Freien und Hansestadt Hamburg eingebunden. Die Liegenschaft besteht aus 18 Gebäuden. In diesen sind die verschiedenen Nutzungen des Krankenhausbetriebes untergebracht. Im Wesentlichen sind dies: Ein Bettenhaus mit 320 Betten, Notaufnahme und Intensivstation, ein OP-Gebäude mit 6 OPs, Sterilisation und Bäderabteilung und ein Haupthaus (Haus 1). Dieses Gebäude aus dem Jahre 1937 ist denkmalgeschützt, daran schließt sich der sog. Kreuzbau und ein etwas kleinerer Nordflügel an. Im Haus 1 sind neben Büro und Unterkunftsnutzungen mehrere medizinische Fachuntersuchungsstellen sowie eine Apotheke, eine Radiologie mit MRT und CT, eine Küche und die DV-Abteilung untergebracht. Außerdem befinden sich auf der Liegenschaft ein Schwesternwohnheim, ein Hubschrauberhangar mit Rettungswache, der Psychologische Dienst sowie einige kleinere Gebäude mit Verwaltung, Heizhaus, Netzersatzanlage, Casino und Sanitätsfachschule. Das Gelände ist ca. 0,25 km² groß.

Vor dem Hintergrund einer Optimierung des gesamten Krankenhauses aus medizinischer und wirtschaftlicher Sicht wurde 2013 eine Entwicklungsplanung für die Gesamtliegenschaft erstellt, auf deren Grundlage zukünftig umfangreiche Um- und Erweiterungsbauten geplant sind. Unter anderem wird der Nordflügel abgerissen und durch ein neues Multifunktionsgebäude ersetzt. Der Neubau ist als zentrales Gebäude des Krankenhauses vorgesehen. Er soll den Operationstrakt sowie die Fachuntersuchungsstellen des Krankenhauses aufnehmen. Es sind u.a. folgende Funktionseinheiten vorgesehen: Zentrale Sterilgutversorgung, Orthopädie, Unfallchirurgie, Radiologie, Visceral- und Thoraxchirurgie, Anästhesiologie, Intensivmedizin, Urologie, Links-Herz-Katheter, Innere Medizin, Neurologie, Dermatologie, Venerologie, Neurochirurgie, HNO, Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie, Augenheilkunde, Fachzahnärztliches Zentrum, Zahnmedizin, Laboratoriumsmedizin und weitere Funktionen wie Rettungshubschrauberabsetzplattform, Haupteingang, Technikzentralen, Umkleiden etc.

Das Multifunktionsgebäude ist im Westen an das Bettenhaus und südlich an den denkmalgeschützten Altbau anzuschließen. Einen Funktionsschwerpunkt bildet das Schiffahrtmedizinische Institut, wobei die Schwerpunkte hier auf den Gebieten der maritimen Medizin, der Tauch- und Überdruckmedizin mit einem Druckkammer- und Tauchunfallbehandlungszentrum, der Forschung und Lehre inkl. einem Simulationszentrum liegen. Die Nutzfläche (NF 1-6 gem. DIN 277) für das Multifunktionsgebäude liegt bei ca. 11.800 m², hiervon entfallen auf das Schiffahrtmedizinische Institut ca. 3.700 m².

Baufeldaufgabe:

Gegenstand dieses Verfahrens ist die Vergabe von Leistungen für die Aufstellung der Entscheidungsunterlage-Bau (ES-Bau) in der Qualität einer Entwurfsunterlage-Bau (EW-Bau), der Ausführungsplanung und die Vorbereitung der Vergabe für den Neubau des Multifunktionsgebäudes des Bundeswehrkrankenhauses Hamburg. Das Multifunktionsgebäude soll als ausgesteifter Stahlbetonskelettbau mit Flachdecken ausgeführt werden. Im Anschlussbereich zum Kreuzbau ist das bestehende Gebäude zu unterfangen. Der Baugrund auf dem Gelände des Bundeswehrkrankenhauses besteht überwiegend aus Geschiebelehm bzw. Geschiebemergel, ist gut tragfähig und für eine Flachgründung geeignet. Die Baugrube ist überwiegend als rückverankerte Trägerbohlwand auszuführen. Die Einbindung des Baukörpers in den Stauwasserschwankungsbereich bzw. in den Druckhorizont des gespannten anstehenden Grundwassers erfordert besondere Trockenhaltungsmaßnahmen. Zur Baufeldfreimachung ist der Abbruch und Rückbau des vorhandenen Gebäudes erforderlich, diese Leistungen werden separat vergeben.

Planungsgrundlagen:

Es liegt bereits eine Entwicklungsplanung (tsj Architekten, Lübeck, Stand: Juli 2013) mit einer Grobkostenschätzung für die Gesamtliegenschaft vor. Derzeit wird die Entwicklungsplanung fortgeschrieben und ein Betriebskonzept für das Multifunktionsgebäude aufgestellt; beide sind

voraussichtlich im April 2015 fertiggestellt. Die Unterlagen werden den Bietern im Rahmen der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt. Die Planung und Ausführung erfolgen entsprechend den aktuell gültigen Standards der Bau fachlichen Richtlinien der Bundeswehr.

Leistungsbild:

Ziel dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe des Leistungsbildes Tragwerksplanung ab

- Leistungsphase 2 bis 4 gem. § 51 HOAI 2013
- Leistungsphase 5 bis 6 gem. § 51 HOAI 2013 als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Die Auftraggeberin beabsichtigt, darüber hinaus folgende weitere Leistungen ggf. zu beauftragen:

- Bodengutachten einschl. Vorschlag für die Gründung
- Baugrubenplanung und Berechnung
- Erstellung der Schal- und Bewehrungspläne.

Der genaue Umfang dieser Leistungen wird den Bietern in Stufe 2 (Angebotsphase) des Verfahrens als Grundlage für das Angebot mitgeteilt. Die Bewerber müssen in Stufe 1 (Teilnahmewettbewerb) des Verfahrens keine Angaben über die hierfür voraussichtlich vom Auftragnehmer beteiligten Nachunternehmer machen, es sei denn, dass Eignung (Nachweis der Mindestanforderungen bzw. Erzielen weiterer Punkte im Kriterium Technische Leistungsfähigkeit) vom Nachunternehmer „geliehen“ werden soll. In diesem Fall sind der Nachunternehmer zu nennen und die entsprechenden Erklärungen gem. Bewerbungsunterlagen abzugeben.

Die Gesamtbaukosten für die Umsetzung der Maßnahme belaufen sich für das Multifunktionsgebäude auf ca. 96,93 Mio. Euro brutto für die Kostengruppen 200 bis 600, davon entfallen auf das Schiffahrtmedizinische Institut ca. 30,73 Mio. Euro brutto für die Kostengruppen 200 bis 600.

Projektdauer:

Der Auftrag umfasst zunächst die LPH 2 bis 4. Die Aufstellung der Entscheidungsunterlage-Bau (ES-Bau) soll in der Qualität einer Entwurfsunterlage-Bau (EW-Bau) erfolgen und bei einer voraussichtlichen Beauftragung im August 2015 bis August 2016 abgeschlossen werden. Es ist beabsichtigt, bei Fortsetzung der Maßnahme die LPH 5-6 (stufenweise, siehe Abschnitt II.2.2) zu beauftragen. Als Baubeginn ist November 2018 vorgesehen.

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch das Büro Luchterhand, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71327000
Ergänzende Gegenstände: 71320000

- II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

- II.1.8) Lose
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Leistungsbild Tragwerksplanung ab Leistungsphase 2 bis 6 gem. § 51 HOAI 2013. Die Gesamtbaukosten für die Umsetzung der Maßnahme belaufen sich auf ca. 96,93 Mio. Euro brutto für die Kostengruppen 200 bis 600. Die anrechenbaren Baukosten liegen oberhalb der Tafelwerte gem. § 52 HOAI 2013. Das Honorar ist damit gem. § 7 (2) HOAI 2013 frei verhandelbar.
- II.2.2) Angaben zu Optionen:
Optionen: ja
Leistungsphasen: 5 bis 6 Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI 2013 als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
Voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen in Monaten: 14 (ab Auftragsvergabe).
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung
Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja
- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung: –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
Deckungssummen der Berufshaftpflicht: Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 3.000.000 Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 5.000.000 Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bewerbungsgemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen jeweils in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist zudem der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der oben stehenden Versicherungssummen liegt. Besteht eine Berufshaftpflichtversicherung mit niedrigeren als den o.a. Deckungssummen, ist die Vorlage einer schriftlichen Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, als Nachweis erforderlich.
Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im

weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt/erklären der/die Bewerber/innen insofern ihre bzw. seine Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen.

Die Auftraggeberin prüft zur Zeit, ob eine kombinierte Bauleistungs- und Haftpflichtversicherung (sog. Multi-Risk-Versicherung) für alle am Bauvorhaben Beteiligten abgeschlossen werden soll. Sollte sich der Abschluss einer derartigen Versicherung als wirtschaftlich sinnvoll erweisen, sind alle am Bauvorhaben Beteiligten statt über die oben geforderte Berufshaftpflichtversicherung über die „Multi-Risk-Versicherung“ zu versichern. In diesem Zusammenhang erklärt/erklären der/die Bewerber/innen insofern ihre bzw. seine Bereitschaft zur Versicherung über eine gegebenenfalls abzuschließende „Multi-Risk-Versicherung“. Mit dem Versand der Angebotsaufforderung wird mitgeteilt, welche Form der Versicherung zur Anwendung kommt.

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Die Zahlungsbedingungen richten sich nach den Allgemeinen Vertragsbedingungen zu den Verträgen für freiberuflich Tätige (AVB) gemäß Anlage 1/1 der Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau).

- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird. Mehrfachbeteiligungen, d.h. parallele Beteiligung als Einzelbieter und gleichzeitig als Mitglied einer Bietergemeinschaft, sind unzulässig und führen zum Ausschluss sowohl des Einzelbieters als auch der Bietergemeinschaft. Es wird darauf hingewiesen, dass Bietergemeinschaften als Bewerbergemeinschaften zu lesen sind.

- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: ja

Darlegung der besonderen Bedingungen:

Der Auftragnehmer hat die gesetzlichen Bestimmungen und die Vorschriften für das Öffentliche Bauwesen in der jeweils geltenden Fassung zu beachten, u.a:

- die Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau),
- die Baufachlichen Richtlinien für die Durchführung von Baumaßnahmen der Bundeswehr (BFR),
- die allgemeinen Umdrucke für Baumaßnahmen der Bundeswehr.

Die Auftraggeberin wird eine internetbasierte Projektplattform einsetzen. Das System ist durch den Auftragnehmer anzuwenden.

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Der Bewerber hat den Teilnahmeantrag in Form eines vollständig ausgefüllten und unterschriebenen Bewerbungsbogens und den geforderten Erklärungen, Anlagen und Nachweisen zu den Ziffern III.2.1 bis III.2.3 abzugeben. Darüber hinaus gehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht und werden nicht berücksichtigt. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail oder Fax sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten.

Der Bewerbungsbogen und die beigelegten Anlagenvordrucke sind bei der in Ziff. I.1) genannten Kontaktstelle anzufordern.

Für den Fall einer Bewerbergemeinschaft und/oder für den Fall, dass der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrags der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (Nachunternehmer), ist ein Bewerbungsbogen abzugeben, der alle geforderten Erklärungen und Nachweise für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bzw. für alle Nachunternehmer enthält. Anlagen und Nachweise, die sich nur auf ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft bzw. auf einen Nachunternehmer beziehen, sind als solche kenntlich zu machen.

Die Nachweise müssen aktuell, nicht älter als 12 Monate (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) und noch gültig sein. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Da die Amtssprache für dieses Verfahren Deutsch ist, sind alle fremdsprachigen Urkunden oder Nachweise zu übersetzen. Eine eigenverantwortliche Übersetzung ist ausreichend. Etwaige Übersetzungskosten trägt der Bewerber selbst.

Geforderte Erklärungen und Nachweise:

1. Vollständig ausgefüllter und rechtsverbindlich unterschriebener Bewerbungsbogen.
2. Eigenerklärung zu wirtschaftlichen und/oder rechtlichen Verknüpfungen zu anderen Unternehmen gem. § 4 Absatz 2 VOF.
3. Eigenerklärung zur beabsichtigten Zusammenarbeit mit Anderen in auf den Auftrag bezogen relevanter Weise gem. § 4 Absatz 2 VOF.
4. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft oder für den Fall, dass Eignung über einen Nachunternehmer nachgewiesen („geliehen“) wird, sind die Auftragsanteile der Mitglieder zu benennen, wobei jedes einzelne Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll.

5. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist eine Vollmachtserklärung mit Benennung eines bevollmächtigten Vertreters vorzulegen.
6. Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers sind die Auftragsanteile, die als Unterauftrag vom Auftragnehmer vergeben werden sollen, zu benennen.
7. Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers ist eine Verpflichtungserklärung nach § 5 Absatz 6 VOF vorzulegen.
8. Eigenerklärungen über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 4 Absatz 6 a-g VOF und über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 4 Absatz 9 a-d VOF.
9. Namen und berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistung im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen gem. § 4 Absatz 3 VOF.
10. Nachweis der geforderten Qualifikation des Bewerbers. Sofern es sich bei dem Bewerber um eine juristische Person handelt, ist die Qualifikation des verantwortlichen Berufsangehörigen gem. § 19 Absatz 3 VOF nachzuweisen.
11. Nachweis über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung mit den unter Ziff. III.1.1 genannten Deckungssummen gem. § 5 Absatz 4a VOF und soweit erforderlich Erklärungen entsprechend C1 des Bewerberbogens.
12. Liste (Leistungsübersicht, siehe III.2.3) der wesentlichen in den vergangenen sieben Jahren (Stichtag 1. Januar 2008) erbrachten abgeschlossenen Leistungen Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI 2013, gemäß VOF § 5 (5) b.
13. Nachweis der Eignung des vorgesehenen Projektteams (siehe Abschnitt III.2.3).

Genauere Angaben und die zu verwendenden Vordrucke entnehmen Sie bitte dem Bewerbungsbogen.

Das Format der Unterlagen soll mit Ausnahme des Abschnittes D2.3 (Leistungsübersicht im Bewerbungsbogen) DIN A4 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen sind deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsformular vorgegebenen Reihenfolge zu kennzeichnen. Die Seiten werden bitte durchgehend nummeriert.

III.2.2)

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- a) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung und soweit erforderlich Erklärungen entsprechend C1 des Bewerberbogens.
- b) Erklärung über den Gesamtumsatz in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr 2012, 2013, 2014) sowie des Teilumsatzes des Bewerbers für das Leistungsbild Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI 2013 in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr 2012, 2013, 2014) (§ 5 Absatz 4 c VOF).

Sofern in Bewerbergemeinschaft angeboten wird, muss die Jahresgesamtschuld aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zusammen den

genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft einzeln anzugeben.

zu a) Geforderter Mindeststandard: Vgl. III.1.1.

zu b) Geforderter Mindeststandard: Der durchschnittliche Jahresteilumsatz für das Leistungsbild Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI 2013 muss mindestens 1.000.000 Euro (netto) erreichen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- a) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2012, 2013, 2014).
- b) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers und der für die Leistung vorgesehenen Personen.
- c) Vorstellung von drei Projektarbeitern des Projektteams (Projektleitung, stellvertretende Projektleitung und Bauleiter) mit folgenden Angaben zu deren Qualifikation gem. § 5 Absatz 5a) VOF: Ausbildung und berufliche Qualifikation, Berufserfahrung, Berufserfahrung mit vergleichbaren Projekten, persönliche Referenzliste, Einbindung in die Referenzprojekte, bisherige Zusammenarbeit des Projektteams. Studiennachweise und Fortbildungsnachweise der für das Projekt vorgesehenen Mitarbeiter sind in Kopie vorzulegen. Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte dem Bewerbungsbogen.
- d) Nachweis der erbrachten Leistungen (Leistungsübersicht) für das Leistungsbild gem. § 51 HOAI 2013. Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen sieben Jahre (Stichtag 1. August 2008) mit dem Abschluss der Leistungsphase 6 realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter Angabe
 - des Projektnamens,
 - des Ortes,
 - der Art des Vorhabens,
 - des Leistungszeitraumes,
 - der Baukosten (EUR KG 300-400, netto),
 - der Nutzfläche NF 1-6 gem. DIN 277,
 - der erbrachten abgeschlossenen Leistungsphasen (die letzte abgeschlossene Leistungsphase des Projektes muss innerhalb der letzten sieben Jahre [1. Januar 2008 oder später] erbracht sein),
 - des Auftraggebers inkl. Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer,
 - Auftraggeberbescheinigung (mit der Leistungsübersicht ist für jedes der Referenzprojekte eine projektbezogene Referenzbescheinigung des Auftraggebers oder eine Eigenerklärung mit mind. Art, Umfang, LPH, Leistungszeit, Rechnungswert einzureichen).

Es werden nur diejenigen Projekte in die Wertung einbezogen, bei denen ein Ansprechpartner beim Auftraggeber benannt ist.

Die Angaben in der Leistungsübersicht müssen zweifelsfrei bewertbar sein. Nicht gemachte

Angaben in einzelnen Feldern der Leistungsübersicht führen zur Nichtbewertung der jeweiligen Referenz. Es werden ausschließlich Referenzen bewertet, bei denen alle Angaben vollständig vorliegen.

Aus den Referenzen in der Leistungsübersicht soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden.

zu a) Geforderter Mindeststandard: 10 Mitarbeiter/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre im Leistungsbild Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI 2013. Bewerbungsgemeinschaften können diese Anforderung gemeinsam erfüllen.

zu b) Geforderter Mindeststandard: Ingenieur/in für die Leistungen der Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI (vgl. III.3.1).

zu c) Geforderter Mindeststandard: Vorstellung des Projektleiters, des stellvertretenden Projektleiters und des Bauleiters mit jeweils einem berufsqualifizierendem Studienabschluss der Fachrichtung Bauingenieurwesen (Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Master/Bachelor). Hiervon müssen alle Projektarbeiter mind. 5 Jahre Berufserfahrung in der für die Projektbearbeitung vorgesehenen Funktion nachweisen. Eine Mehrfachnennung von Mitarbeitern ist nicht zulässig.

zu d) MINDESTANFORDERUNGEN AN DIE LEISTUNGSÜBERSICHT zu d)

1. Mit der Leistungsübersicht ist zwingend ein Neubau/Erweiterungsbau mind. der Honorarzone III gem. Anlage 14.2 HOAI Objektliste Tragwerksplanung, bei dem eine BGF (BGFa gem. DIN 277) von mindestens 10.000 m² geplant und realisiert wurde (Leistungsphasen 2 bis 6 gem. § 51 HOAI, durchgängig bearbeitet) nachzuweisen.
2. Mit der Leistungsübersicht ist zwingend mindestens ein Projekt mit einer Bausumme von 10.000.000 Euro (netto) KG 300+400 nachzuweisen.
3. Mit den Referenzen in der Leistungsübersicht ist zwingend mindestens eine Referenz eines öffentlichen Auftraggebers nachzuweisen.

Die Mindestanforderungen zu 1., 2. und 3. können sowohl mit einem oder mehreren Projekten erfüllt werden.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: ja Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 VOF: Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 51 HOAI 2013 sowie der Bauüberwachung gem. Anlage 14.1 HOAI 2013 gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen ange-

ben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren): nein.

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3 und Höchstzahl: 6

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt nach den für die technische Leistungsfähigkeit vergebenen Punkten. Maßgeblich für die Auswahl der Teilnehmer ist die Summe der erreichten Punkte aus der Bewertung des Projektteams (max. 29 Punkte) und der Bewertung der Referenzen der Leistungsübersicht (max. 14 Punkte), siehe Bewerberbogen Abschnitt D. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: nein

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

4121G14012015-03VOFMFG

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: –

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

4. Mai 2015, 12.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Der für den Teilnahmeantrag zwingend zu verwendende Bewerbungsbogen ist unter der in Ziff. I.1) genannten E-Mail-Adresse (vergabestelle@bba.hamburg.de) unter der Angabe des Stichwortes:

„2015-03 VOF Neubau Multifunktionsgebäude Bundeswehrkrankenhaus Hamburg Tragwerksplanung“

in der Betreffzeile der E-Mail anzufordern.

Vorläufige Termine des Teilnahmewettbewerbs mit anschließendem Verhandlungsverfahren:

Versand Angebotsaufforderung ca. 22. KW 2015

Submissionstermin der Honorarangebote ca. 26. KW 2015

Verhandlungsgespräche ca. 28. KW 2015.

Der Teilnahmeantrag ist zu richten an: Freie und Hansestadt Hamburg, Vergabestelle der Bundesbauabteilung, Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Deutschland.

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren (Bewerbungsbogen mit Anlagen) sind in einem verschlossenen Umschlag, deutlich sichtbar gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung, bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist auf dem Postweg an die Vergabestelle zu senden oder dem Auftraggeber direkt zu überreichen. Bewerbungen per E-Mail oder Fax sind nicht zulässig.

Bitte beschriften Sie den Umschlag der Teilnahmeanträge wie folgt: „2015-03 VOF Neubau Multifunktionsgebäude Bundeswehrkrankenhaus Hamburg Tragwerksplanung“.

Im Falle von Bewerbergemeinschaften oder der Einschaltung von Nachunternehmern ist ein Bewerbungsbogen abzugeben, der alle geforderten Erklärungen und Nachweise für alle Mitglie-

der der Bergwerkgemeinschaft bzw. für alle Nachunternehmer enthält. Anlagen und Nachweise, die sich nur auf ein Mitglied der Bergwerkgemeinschaft bzw. auf einen Nachunternehmer beziehen, sind als solche kenntlich zu machen.

Es besteht kein Anspruch auf Rücksendung der eingereichten Unterlagen.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Postanschrift:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Bundesbauabteilung, BBA 2
Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00

E-Mail:
poststellebundesbauabteilung@bba.hamburg.de

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

1. April 2015

Hamburg, den 2. April 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

– Bundesbauabteilung – Amtl. Anz. S. 290

**Auftragsbekanntmachung
(Richtlinie 2004/18/EG)**

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n):

Offizielle Bezeichnung:

Bundesrepublik Deutschland, diese vertreten durch das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), dieses vertreten durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg (BSU), Amt für Bauordnung und Hochbau (ABH), Bundesbauabteilung (BBA)

Postanschrift:

Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n): Vergabestelle

Telefax: +49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00

E-Mail: vergabestelle@bba.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Neubau Multifunktionsgebäude, Bundeswehrkrankenhaus Hamburg, Lesserstraße 180, 22049 Hamburg, Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI 2013 (Anlagengruppen 1 bis 8)

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr. 12

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Bundesbauabteilung der Freien und Hansestadt Hamburg ist vom Bundesministerium der Verteidigung (Bauherr) mit der Baumaßnahme der Bundeswehr „Neubau Multifunktionsgebäude“ für das Bundeswehrkrankenhaus Hamburg beauftragt worden. Integraler Bestandteil der Planung des Multifunktionsgebäudes ist auch der Neubau des Schifffahrtsmedizinischen Instituts der Marine.

Das Bundeswehrkrankenhaus Hamburg ist mit seinen 15 medizinischen Fachdisziplinen die größte militärische Behandlungseinrichtung in Norddeutschland und fest in das zivile Gesundheitsnetz der Freien und Hansestadt Hamburg eingebunden. Die Liegenschaft besteht aus 18 Gebäuden. In diesen sind die verschiedenen Nutzungen des Krankenhausbetriebes untergebracht. Im Wesentlichen sind dies: Ein Bettenhaus mit 320 Betten, Notaufnahme und Intensivstation, ein OP-Gebäude mit 6 OPs, Sterilisation und Bäderabteilung und ein Haupthaus (Haus 1). Dieses Gebäude aus dem Jahre 1937 ist denkmalgeschützt, daran schließt sich der sog. Kreuzbau und ein etwas kleinerer Nordflügel an. Im Haus 1 sind neben Büro und Unterkunftsnutzungen mehrere medizinische Fachuntersuchungsstellen sowie eine Apotheke, eine Radiologie mit MRT und CT, eine Küche und die DV-Abteilung untergebracht. Außerdem befinden sich auf der Liegenschaft ein Schwesternwohnheim, ein Hubschrauberhangar mit Rettungswache, der Psychologische Dienst sowie einige kleinere Gebäude mit Verwaltung, Heizhaus, Netzersatzanlage, Casino und Sanitätsfachschule. Das Gelände ist ca. 0,25 km² groß.

Vor dem Hintergrund einer Optimierung des gesamten Krankenhauses aus medizinischer und wirtschaftlicher Sicht wurde 2013 eine Entwicklungsplanung für die Gesamtliegenschaft erstellt, auf deren Grundlage zukünftig umfangreiche Um- und Erweiterungsbauten geplant sind. Unter anderem wird der Nordflügel abgerissen und durch ein neues Multifunktionsgebäude ersetzt. Der Neubau ist als zentrales Gebäude des Krankenhauses vorgesehen. Er soll den Operationstrakt sowie die Fachuntersuchungsstellen des Krankenhauses aufnehmen. Es sind u.a. folgende Funktionseinheiten vorgesehen: Zentrale Sterilgutversorgung, Orthopädie, Unfallchirurgie, Radiologie, Visceral- und Thoraxchirurgie, Anästhesiologie, Intensivmedizin, Urologie, Links-Herz-Katheter, Innere Medizin, Neurologie, Dermatologie, Venerologie, Neurochirurgie, HNO, Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie, Augenheilkunde, Fachzahnärztliches Zentrum, Zahnmedizin, Laboratoriumsmedizin und weitere Funktionen wie Rettungshubschrauberabseilplattform, Haupteingang, Technikzentralen, Umkleiden etc.

Das Multifunktionsgebäude ist im Westen an das Bettenhaus und südlich an den denkmalgeschützten Altbau anzuschließen. Einen Funktionschwerpunkt bildet das Schiffahrtmedizinische Institut, wobei die Schwerpunkte hier auf den Gebieten der maritimen Medizin, der Tauch- und Überdruckmedizin mit einem Druckkammer- und Tauchunfallbehandlungszentrum, der Forschung und Lehre inkl. einem Simulationszentrum liegen. Die Nutzfläche (NF 1-6 gem. DIN 277) für das Multifunktionsgebäude liegt bei ca. 11.800 m², hiervon entfallen auf das Schiffahrtmedizinische Institut ca. 3.700 m².

Baufaufgabe:

Gegenstand dieses Verfahrens ist die Vergabe von Leistungen für die Aufstellung der Entscheidungsunterlage-Bau (ES-Bau) in der Qualität einer Entwurfsunterlage-Bau (EW-Bau), der Ausführungsplanung und die Bauausführung für den Neubau des Multifunktionsgebäudes des Bundeswehrkrankenhauses Hamburg.

Die technische Ausrüstung umfasst das gesamte Gebäude. Es sind Planungsleistungen für alle Anlagengruppen gem. § 53 HOAI, wie folgt, erforderlich:

1. Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen
2. Wärmeversorgungsanlagen
3. Lufttechnische Anlagen
4. Starkstromanlagen
5. Fernmelde- und informationstechnische Anlagen
6. Förderanlagen
7. nutzungsspezifische Anlagen
8. Gebäudeautomation und Automation von Ingenieurbauwerken.

Insbesondere für die Anlagegruppe 7.1 gem. Anlage 15.2 Objektliste HOAI, sind folgende Gruppen zu berücksichtigen:

- Küchentechnische Anlagen, Küchen mittlerer Größe, Aufwärmküchen, Einrichtungen zur Speise- oder Getränkeaufbereitung, -abgabe oder -lagerung (keine Produktionsküche) einschließlich zugehöriger Kälteanlagen.
- Medizin- oder labortechnische Anlagen, für Gruppenpraxen der Allgemeinmedizin oder Einzelpraxen der Fachmedizin, Krankenhausabteilungen.
- Feuerlöschanlagen, manuell betätigte Feuerlöschanlagen.
- Medienversorgungsanlagen, zur Erzeugung, Lagerung, Aufbereitung oder Verteilung medizinischer oder technischer Gase, Flüssigkeiten oder Vakuum.
- Badetechnische Anlagen, zum Beispiel therapeutische Badeanlage, Aufbereitungsanlagen, Wellenerzeugungsanlagen, höhenverstellbare Zwischenböden.

Planungsgrundlagen:

Es liegt bereits eine Entwicklungsplanung (tsj Architekten, Lübeck, Stand: Juli 2013) mit einer Grobkostenschätzung für die Gesamtliegenschaft vor. Derzeit wird die Entwicklungsplanung fortgeschrieben und ein Betriebskonzept für das Multifunktionsgebäude aufgestellt; beide sind voraussichtlich im April 2015 fertiggestellt. Die Unterlagen werden den Bietern im Rahmen der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt. Die Planung und Ausführung erfolgen entsprechend den aktuell gültigen Standards der Bau fachlichen Richtlinien der Bundeswehr.

Leistungsbild:

Ziel dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe des Leistungsbereiches Technischen Ausrüstung ab

- Leistungsphasen 2 bis 4 gem. § 55 HOAI, Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 1 bis 8).
- Leistungsphase 1 (teilweise) gem. § 55 HOAI gem. Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 1 bis 8) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.
- Leistungsphasen 5 bis 9 gem. § 55 HOAI gem. Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 1 bis 8) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

Wird Eignung eines Nachunternehmers „geliehen“ (Nachweis der Mindestanforderungen bzw. Erzielen weiterer Punkte im Kriterium Technische Leistungsfähigkeit), sind dieser zu nennen und die entsprechenden Erklärungen gem. Bewerbungsunterlagen abzugeben.

Die Gesamtbaukosten für die Umsetzung der Maßnahme belaufen sich für das Multifunktionsgebäude auf ca. 33,90 Mio. Euro brutto für die Kostengruppe 400 ohne medizintechnische Geräte, davon entfallen auf das Schifffahrtmedizinische Institut ca. 10,56 Mio. Euro brutto für die Kostengruppe 400 ohne medizintechnische Geräte.

Projektdauer:

Der Auftrag umfasst zunächst die LPH 2 bis 4. Die Aufstellung der Entscheidungsunterlage-Bau (ES-Bau) soll in der Qualität einer Entwurfsunterlage-Bau (EW-Bau) erfolgen und bei einer voraussichtlichen Beauftragung im August 2015 bis August 2016 abgeschlossen werden. Es ist beabsichtigt, bei Fortsetzung der Maßnahme die LPH 5-9 (stufenweise, siehe Abschnitt II.2.2) zu beauftragen. Als Baubeginn ist November 2018 vorgesehen.

Vergabeverfahren:

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch das büro lucherhandt, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 71315000
- II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)
Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja
- II.1.8) Lose
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Leistungsbereich Technischen Ausrüstung ab Leistungsphase 2 bis 9 gem. § 55 HOAI, Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 1 bis 8). Die Gesamtbaukosten für die Umsetzung der Maßnahme belaufen sich auf ca. 33,90 Mio. Euro brutto für die Kostengruppe 400 ohne medizintechnische Geräte. Die anrechenbaren Baukosten liegen oberhalb der Tafelwerte gem. § 56 HOAI 2013. Das Honorar ist damit gem. § 7 (2) HOAI 2013 frei verhandelbar.
- II.2.2) Angaben zu Optionen:
Optionen: ja
- Leistungsphase 1 (teilweise) Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 1-8) gem. § 53 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG.
 - Leistungsphasen: 5 bis 9 Technische Ausrüstung (Anlagengruppen 1-8) gem. § 53 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung

der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

Voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen in Monaten: 14 (ab Auftragsvergabe).

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung: –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht: Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 3.000.000 Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 5.000.000 Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bewerbergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen jeweils in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist zudem der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der oben stehenden Versicherungssummen liegt. Besteht eine Berufshaftpflichtversicherung mit niedrigeren als den o.a. Deckungssummen, ist die Vorlage einer schriftlichen Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, als Nachweis erforderlich.

Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt/erklären der/die Bewerber/innen insofern ihre bzw. seine Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen.

Die Auftraggeberin prüft zur Zeit, ob eine kombinierte Bauleistungs- und Haftpflichtversicherung (sog. Multi-Risk-Versicherung) für alle am Bauvorhaben Beteiligten abgeschlossen werden soll. Sollte sich der Abschluss einer derartigen Versicherung als wirtschaftlich sinnvoll erweisen, sind alle am Bauvorhaben Beteiligten statt über die oben geforderte Berufshaftpflichtversicherung über die „Multi-Risk-Versicherung“ zu versichern. In diesem Zusammenhang erklärt/erklären der/die Bewerber/innen insofern ihre bzw. seine Bereitschaft zur Versicherung über eine gegebenenfalls abzuschließende „Multi-Risk-Versicherung“. Mit dem Versand der Angebotsauf-

forderung wird mitgeteilt, welche Form der Versicherung zur Anwendung kommt.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Die Zahlungsbedingungen richten sich nach den allgemeinen Vertragsbedingungen zu den Verträgen für freiberuflich Tätige (AVB) gemäß Anlage 1/1 der Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau).

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird. Mehrfachbeteiligungen, d.h. parallele Beteiligung als Einzelbieter und gleichzeitig als Mitglied einer Bietergemeinschaft, sind unzulässig und führen zum Ausschluss sowohl des Einzelbieters als auch der Bietergemeinschaft. Es wird darauf hingewiesen, dass Bietergemeinschaften als Bewerbungsgemeinschaften zu lesen sind.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: ja

Darlegung der besonderen Bedingungen:

Der Auftragnehmer hat die gesetzlichen Bestimmungen und die Vorschriften für das Öffentliche Bauwesen in der jeweils geltenden Fassung zu beachten, u.a:

- die Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau),
- das Vergabehandbuch für die Baumaßnahmen des Bundes (VHB),
- die Baufachlichen Richtlinien für die Durchführung von Baumaßnahmen der Bundeswehr (BFR),
- die allgemeinen Umdrucke für Baumaßnahmen der Bundeswehr.

Die Auftraggeberin wird eine internetbasierte Projektplattform einsetzen. Das System ist durch den Auftragnehmer anzuwenden.

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Der Bewerber hat den Teilnahmeantrag in Form eines vollständig ausgefüllten und unterschriebenen Bewerbungsbogens und den geforderten Erklärungen, Anlagen und Nachweisen zu den Ziffern III.2.1 bis III.2.3 abzugeben. Darüber hinaus gehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht und werden nicht berücksichtigt. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail oder Fax sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten.

Der Bewerbungsbogen und die beigelegten Anlagenvordrucke sind bei der in Ziff. I.1) genannten Kontaktstelle anzufordern.

Für den Fall einer Bewerbungsgemeinschaft und/oder für den Fall, dass der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrags der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (Nachunternehmer), ist ein Bewerbungsbogen abzugeben, der alle geforderten Erklärungen und Nachweise für alle Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft bzw. für alle Nachunternehmer enthält. Anlagen und Nachweise, die sich nur auf ein Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft bzw. auf einen Nachunternehmer beziehen, sind als solche kenntlich zu machen.

Die Nachweise müssen aktuell, nicht älter als 12 Monate (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) und noch gültig sein. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Da die Amtssprache für dieses Verfahren Deutsch ist, sind alle fremdsprachigen Urkunden oder Nachweise zu übersetzen. Eine eigenverantwortliche Übersetzung ist ausreichend. Etwaige Übersetzungskosten trägt der Bewerber selbst.

Geforderte Erklärungen und Nachweise:

1. Vollständig ausgefüllter und rechtsverbindlich unterschriebener Bewerbungsbogen.
2. Eigenerklärung zu wirtschaftlichen und/oder rechtlichen Verknüpfungen zu anderen Unternehmen gem. § 4 Absatz 2 VOF.
3. Eigenerklärung zur beabsichtigten Zusammenarbeit mit Anderen in auf den Auftrag bezogen relevanter Weise gem. § 4 Absatz 2 VOF.
4. Im Falle einer Bewerbungsgemeinschaft oder für den Fall, dass Eignung über einen Nachunternehmer nachgewiesen („geliehen“) wird, sind die Auftragsanteile der Mitglieder zu benennen, wobei jedes einzelne Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll.
5. Im Falle einer Bewerbungsgemeinschaft ist eine Vollmachtserklärung mit Benennung eines bevollmächtigten Vertreters vorzulegen.
6. Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers sind die Auftragsanteile, die als Unterauftrag vom Auftragnehmer vergeben werden sollen, zu benennen.
7. Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers ist eine Verpflichtungserklärung nach § 5 Absatz 6 VOF vorzulegen.
8. Eigenerklärungen über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 4 Absatz 6 a-g VOF und über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 4 Absatz 9 a-d VOF.
9. Namen und berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistung im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen gem. § 4 Absatz 3 VOF.

10. Nachweis der geforderten Qualifikation des Bewerbers. Sofern es sich bei dem Bewerber um eine juristische Person handelt, ist die Qualifikation des verantwortlichen Berufsangehörigen gem. § 19 Absatz 3 VOF nachzuweisen.
11. Nachweis über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung mit den unter Ziff. III.1.1 genannten Deckungssummen gem. § 5 Absatz 4a VOF und soweit erforderlich Erklärungen entsprechend C1 des Bewerbungsbogens.
12. Liste (Leistungsübersicht, siehe III.2.3) der wesentlichen in den vergangenen sieben Jahren (Stichtag 1. Januar 2008) erbrachten abgeschlossenen Leistungen gem. §§ 53 und 55 HOAI 2013 gemäß VOF § 5 (5) b.
13. Nachweis der Eignung des vorgesehenen Projektteams (siehe Abschnitt III.2.3).

Genauere Angaben und die zu verwendenden Vordrucke entnehmen Sie bitte dem Bewerbungsbogen.

Das Format der Unterlagen soll mit Ausnahme des Abschnittes D2.3 (Leistungsübersicht im Bewerbungsbogen) DIN A4 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen sind deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsformular vorgegebenen Reihenfolge zu kennzeichnen. Die Seiten sind durchgehend zu nummerieren.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- a) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung und soweit erforderlich Erklärungen entsprechend C1 des Bewerbungsbogens.
- b) Die Leistungsfähigkeit ist durch die Erklärung über den Gesamtumsatz und den Teilumsatz für entsprechende Dienstleistungen des Bewerbers in den Bereichen Krankenhaus-/Klinikbau bzw. Laborbau in den letzten drei Geschäftsjahren (2012, 2013, 2014) gem. § 5 Absatz 4 c VOF nachzuweisen.

Sofern in Bewerbungsgemeinschaft angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft einzeln anzugeben.

zu a) Geforderter Mindeststandard: Vgl. III.1.1

zu b) Geforderter Mindeststandard: Der durchschnittliche Jahresumsatz (Gesamtumsatz) muss mindestens 1.000.000 Euro (netto) erreichen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- a) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2012, 2013, 2014).
- b) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers und der für die Leistung vorgesehenen Personen.
- c) Vorstellung von zweimal drei Projektarbeitern des Projektteams (Projektleitung, stell-

vertretende Projektleitung und Bauleiter) mit folgenden Angaben zu deren Qualifikation gem. § 5 Absatz 5a) VOF: Ausbildung und berufliche Qualifikation, Berufserfahrung, Berufserfahrung mit vergleichbaren Projekten, persönliche Referenzliste, Einbindung in die Referenzprojekte, bisherige Zusammenarbeit des Projektteams, Studiennachweise und Fortbildungsnachweise der für das Projekt vorgesehenen Mitarbeiter sind in Kopie vorzulegen. Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte dem Bewerbungsbogen.

- d) Nachweis der erbrachten Leistungen (Leistungsübersicht) für den Leistungsbereich gem. §§ 53 und 55 HOAI. Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen sieben Jahre (Stichtag 1. Januar 2008) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter Angabe
 - des Projektnamens,
 - des Ortes,
 - der Art des Vorhabens,
 - des Leistungszeitraumes,
 - der Baukosten (EUR KG 400, netto),
 - der Nutzfläche NF 1-6 gem. DIN 277,
 - der erbrachten abgeschlossenen Leistungsphasen (die letzte abgeschlossene Leistungsphase des Projektes muss innerhalb der letzten sieben Jahre (Stichtag 1. Januar 2008) erbracht sein,
 - der beauftragten Anlagengruppen,
 - des Auftraggebers inkl. Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer,
 - Auftraggeberbescheinigung (mit der Leistungsübersicht ist für jedes der Referenzprojekte eine projektbezogene Referenzbescheinigung des Auftraggebers oder eine Eigenerklärung mit mind. Art, Umfang, LPH, Leistungszeit, Rechnungswert einzureichen).

Es werden nur diejenigen Projekte in die Wertung einbezogen, bei denen ein Ansprechpartner beim Auftraggeber benannt ist.

Die Angaben in der Leistungsübersicht müssen zweifelsfrei bewertbar sein. Nicht gemachte Angaben in einzelnen Feldern der Leistungsübersicht führen zur Nichtbewertung der jeweiligen Referenz. Es werden ausschließlich Referenzen bewertet, bei denen alle Angaben vollständig vorliegen.

Aus den Referenzen in der Leistungsübersicht soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden.

zu a) Geforderter Mindeststandard: Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI (HLS, Anlagegruppen 1-3 + 7) mind. 5 Ingenieure/innen, im Bereich Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI (ELT, Anlagengruppen 4-6 + 8) mind. 5 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (je Jahr 2012, 2013, 2014) nachzuweisen. Bietergemeinschaften können diese Anforderung gemeinsam erfüllen.

zu b) Geforderter Mindeststandard: Ingenieur/in für die Leistungen der Technische Ausrüstung

gem. § 53 HOAI (HLS, Anlagengruppen 1-3 + 7 und ELT, Anlagengruppen 4-6 + 8, vgl. III.3.1).

zu c) Geforderter Mindeststandard: für HLS und ELT Vorstellung je eines Projektleiters, je eines stellvertretenden Projektleiters sowie je eines Bauleiters mit jeweils einem Studienabschluss der einschlägigen Fachrichtung. Hiervon müssen alle Projektbearbeiter mind. 5 Jahre Berufserfahrung in der für die Projektbearbeitung vorgesehenen Funktion nachweisen.

zu d) MINDESTANFORDERUNGEN AN DIE LEISTUNGSÜBERSICHT zu d)

1. Mit der Leistungsübersicht ist zwingend ein Projekt aus dem Bereich Krankenhaus- oder Klinikbau (Neubau/Erweiterungsbau) mit mindestens 5.000 m² Nutzfläche (NF 1-6), in dem OP-Säle und Ambulanzen geplant und realisiert wurden (LPH 3-8, Anlagengruppen 1-8 müssen bearbeitet worden sein), nachzuweisen.
2. Mit der Leistungsübersicht ist zwingend ein Projekt (Neubau/Erweiterungsbau), in dem medizinische Labore geplant und/oder realisiert wurden (LPH 2-4 und/oder 5-8, Anlagengruppen 1-8 müssen bearbeitet worden sein) nachzuweisen.
3. Mit der Leistungsübersicht ist zwingend die Planung und Realisierung (LPH 3-8, Anlagengruppen 1-8 müssen bearbeitet worden sein) eines Projektes mit einer Bausumme von mind. 10.000.000 Euro (KG 400, netto) nachzuweisen.
4. Mit den Referenzen in der Leistungsübersicht ist zwingend mind. eine Referenz für einen öffentlichen Auftraggeber nachzuweisen.

Die Mindestanforderungen zu 1., 2., 3. und 4. können sowohl mit einem oder mehreren Projekten erfüllt werden.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: ja
Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 VOF: Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 53 HOAI 2013 (HLS/ELT) gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren): nein.

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3 und Höchstzahl: 6

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt nach den für die technische Leistungsfähigkeit vergebenen Punkten. Maßgeblich für die Auswahl der Teilnehmer ist die Summe der erreichten Punkte aus der Bewertung des Projektteams (max. 61 Punkte) und der Bewertung der Referenzen der Leistungsübersicht (max. 63 Punkte), siehe Bewerberbogen Abschnitt D. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu losen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
4121G14012015-02VOFMFG

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: –

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

4. Mai 2015, 12.00 Uhr

- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Der für den Teilnahmeantrag zwingend zu verwendende Bewerbungsbogen ist unter der in Ziff. I.1) genannten E-Mail-Adresse (vergabestelle@bba.hamburg.de) unter der Angabe des Stichwortes:
„2015-02 VOF Neubau Multifunktionsgebäude Bundeswehrkrankenhaus Hamburg Technische Ausrüstung“
in der Betreffzeile der E-Mail anzufordern.
Vorläufige Termine des Teilnahmewettbewerbs mit anschließendem Verhandlungsverfahren:
Versand Angebotsaufforderung ca. 22. KW 2015
Submissionstermin der Honorarangebote ca. 26. KW 2015
Verhandlungsgespräche ca. 28./29. KW 2015.
Der Teilnahmeantrag ist zu richten an: Freie und Hansestadt Hamburg, Vergabestelle der Bundesbauabteilung, Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Deutschland.
Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren (Bewerbungsbogen mit Anlagen) sind in einem verschlossenen Umschlag, deutlich sichtbar gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung, bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist auf dem Postweg an die Vergabestelle zu senden oder dem Auftraggeber direkt zu überreichen. Bewerbungen per E-Mail oder Fax sind nicht zulässig.
Bitte beschriften Sie den Umschlag der Teilnahmeanträge wie folgt: „2015-02 VOF Neubau Multifunktionsgebäude Bundeswehrkrankenhaus Hamburg Technische Ausrüstung“.
Im Falle von Bewerbergemeinschaften oder der Einschaltung von Nachunternehmern ist ein Bewerbungsbogen abzugeben, der alle geforderten Erklärungen und Nachweise für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bzw. für alle Nachunternehmer enthält. Anlagen und Nachweise, die sich nur auf ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft bzw. auf einen Nachunternehmer beziehen, sind als solche kenntlich zu machen.
Es besteht kein Anspruch auf Rücksendung der eingereichten Unterlagen.

- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren:
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn, Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Postanschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Bundesbauabteilung, BBA 2
Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail:
poststellebundesbauabteilung@bba.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
1. April 2015

Hamburg, den 2. April 2015

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung – Amtl. Anz. S. 291

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt
Hamburg, FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von Herrn Achim Schaar
Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 94
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet-Adresse:
http://www.hamburg.de/schulbau/

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Erweiterung Stadtteilschule Blankenese, Frahmstraße 15 a/b, 22587 Hamburg, diverse hochbauliche Gewerke.

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauauftrag

Erbringung einer Bauleistung, gleichgültig mit welchen Mitteln, gemäß den vom öffentlichen Auftraggeber genannten Erfordernissen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Frahmstraße 15 a/b, 22587 Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Erweiterung der Stadtteilschule am Standort Blankenese, Frahmstraße 15 a/b, 22587 Hamburg durch Neubau eines Gebäudes als Anbau mit Fachräumen für Musik und Kunst, sowie Klassenräumen und Mensa.

Für die Stadtteilschule sollen im Neubau eines Klassengebäudes Flächen zum Zwecke des Unterrichts und der Gemeinschaft geschaffen werden.

Vorlaufend werden 4 Klassengebäude und ein Hausmeisterhaus abgebrochen.

Hier:

- Los 1 Fassadenarbeiten
- Los 2 Zimmer- und Tischlerarbeiten
- Los 3 Trockenbauarbeiten
- Los 4 Estricharbeiten
- Los 5 Bodenbelagsarbeiten
- Los 6 Fliesen- und Plattenarbeiten
- Los 7 Maler und Lackierarbeiten

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45214220

II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird der Gesamtauftragwert über alle Lose auf ca. 1.445.900,– Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 1.445.900,– Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen:

Optionen: nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung

Laufzeit: 10 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer,

oder

– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),

– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate) und/oder gültige Freistellungsbescheinigung,

– Umsätze aus den 3 Jahren 2012, 2013 und 2014.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als 5 Jahre.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN**IV.1) Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOB EU 21/15 S

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: ja

Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABl:
2015/S 012-016085 vom 17. Januar 2015

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:

19. Mai 2015, 12.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: ja

Preis: 10,- Euro pro Los

Zahlungsbedingungen und -weise:

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger:

Landesbetrieb Schulbau Hamburg

IBAN: DE 25200000000020101529

BIC: MARKDEF1200

Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg

Verwendungszweck: 7005851,

SBH VOB EU 21/15 S

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das Los oder die Lose an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,- **pro Los** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der genannten Varianten wählen.

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

20. Mai 2015, 10.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots

Laufzeit: 45 Tage ab dem Schlussstermin für den Eingang der Angebote.

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

20. Mai 2015, 10.00 Uhr

Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 005.

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/40/42840-2039

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1

Postanschrift:

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

1. April 2015

ANHANG B ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Erweiterung Stadtteilschule Blankenese, Frahmstraße 15 a/b, 22587 Hamburg, diverse hochbauliche Gewerke

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Fassadenarbeiten

1) **Kurze Beschreibung:**

Fassadenarbeiten

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45443000

Ergänzende Gegenstände: 44221220, 44221200,
45262670

3) **Menge oder Umfang:**

– Vorhangfassade als hinterlüftete Konstruktion mit zementgebundenen Plattenwerkstoffen bekleidet und Aussenraffstore aus Aluminium

– ca. 750 m² Plattenfassade

– ca. 47 Stück Aussenraffstore

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 165.400,- Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**

Laufzeit: 2 Monate ab Auftragsvergabe

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Juli 2016 bis September 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 20. Mai 2015 um 10.00 Uhr in Raum 005.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Zimmer- und Tischlerarbeiten

1) **Kurze Beschreibung:**

Zimmer- und Tischlerarbeiten

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45422000

3) **Menge oder Umfang:**

– Holztafelbau Wände mit integrierter Holzpfeiler-/Riegelfassade, einschl. Holzbekleidung und Aussenraffstore aus Aluminium

– ca. 430 m² Aussenwand mit integrierter Pf/Riefassade

– ca. 600 m² Bekleidung aus Holzbrettprofilen

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 405.900,- Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**

Laufzeit: 4 Monate ab Auftragsvergabe

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Mai 2016 bis August 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 20. Mai 2015 um 10.30 Uhr in Raum 005.

Los-Nr. 3

Bezeichnung: Trockenbauarbeiten

1) **Kurze Beschreibung:**

Trockenbauarbeiten

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45421146

Ergänzende Gegenstände: 45421141, 45324000

3) **Menge oder Umfang:**

– Trockenbauwände teilweise mit Brand- und Schallschutzanforderungen

– Trockenbaudecken als abgehängte Konstruktion

– ca. 900 m² Trockenbauwand

– ca. 2500 m² Magnesitgebund.

– Holzwohle Akustikplatte

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 300.900,- Euro

- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
 Laufzeit: 6 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
 Voraussichtlicher Ausführungstermin: Juni 2016 bis November 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 20. Mai 2015 um 11.00 Uhr in Raum 005.

Los-Nr. 4**Bezeichnung:** Estricharbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:**
 Estricharbeiten
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
 Hauptgegenstand: 45262320
- 3) **Menge oder Umfang:**
 – Zementestrich auf Dämmung und Trittschallunterlage
 – ca. 3000 m² Zementestrich
 – ca. 500 m² Schnellzementestrich als Sichtestrich
 Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 145.800,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
 Laufzeit: 5 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
 Voraussichtlicher Ausführungstermin: Mai 2016 bis September 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 20. Mai 2015 um 11.30 Uhr in Raum 005.

Los-Nr. 5**Bezeichnung:** Bodenbelagsarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:**
 Bodenbelagsarbeiten
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
 Hauptgegenstand: 45430000
 Ergänzende Gegenstände: 45432110
- 3) **Menge oder Umfang:**
 – Verlegung von Linoleum auf Zementestrich
 – ca. 1300 m² Linoleumbelag
 – ca. 500 m² Mosaikparkett Eiche
 Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 164.000,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
 Laufzeit: 4 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
 Voraussichtlicher Ausführungstermin: September 2016 bis Dezember 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 20. Mai 2015 um 13.00 Uhr in Raum 005.

Los-Nr. 6**Bezeichnung:** Fliesen- und Plattenarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:**
 Fliesen- und Plattenarbeiten

- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45431100
 Ergänzende Gegenstände: 45431200

- 3) **Menge oder Umfang:**

- Bodenfliesenarbeiten auf Zementestrich
- Wandfliesenarbeiten auf Putzflächen und Trockenbauwänden
- ca. 400 m² Wandfliesen
- ca. 200 m² Bodenfliesen
- ca. 500 m² Bodenplatten 60/30

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 141.600,- Euro

- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**

Laufzeit: 3 Monate ab Auftragsvergabe

- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Voraussichtlicher Ausführungstermin: Oktober 2016 bis Dezember 2016. Die Öffnung der Angebote findet statt am 20. Mai 2015 um 13.30 Uhr in Raum 005.

Los-Nr. 7**Bezeichnung:** Maler- und Lackierarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:**
 Maler- und Lackierarbeiten
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
 Hauptgegenstand: 45442110
- 3) **Menge oder Umfang:**
 – Beschichtungsarbeiten auf Wänden, Decken, Böden und Stahlbauteilen
 – ca. 5500 m² Wandbeschichtung
 – ca. 500 m² Glättspachtel
 – 70 Stück Stahlfassungsverkleidungen
 Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 122.300,- Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
 Laufzeit: 3 Monate ab Auftragsvergabe
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
 Voraussichtlicher Ausführungstermin: Dezember 2016 bis Februar 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 20. Mai 2015 um 14.00 Uhr in Raum 005.

Hamburg, den 2. April 2015

Die Finanzbehörde Amtl. Anz. S. 292

**Beschränkte Ausschreibung
 nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb**

- a) Finanzbehörde
 SBH | Schulbau Hamburg
 Einkauf/Vergabe U 40
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
 Zu Händen von Frau Christine Nehls
 Telefon: 040/4 28 23-63 04
 Telefax: 040/4 27 31-01 43
 E-Mail: VergabestelleSBH@sbh.fb.hamburg.de
- b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).

c) Entfällt

d) Heizungsarbeiten Reparatur

Es werden zwei zeitlich befristete Rahmenverträge ausgeschrieben, aufgrund derer die vorgesehenen bis zu 21 Vertragsunternehmen für SBH | Schulbau Hamburg und bis zu 8 Vertragsunternehmen für GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH (siehe unten) verpflichtet sind, ihre Leistungen auf Abruf (Einzelauftrag) zu den im jeweiligen Rahmenvertrag festgelegten Bedingungen auszuführen. Die Ausschreibung wird als Preisumfrage mit Leistungspositionen ohne Mengenangabe (Menge 1) durchgeführt.

Es handelt sich um ein zweistufiges Verfahren. Zunächst findet für beide Verträge ein gemeinsamer öffentlicher Teilnahmewettbewerb statt. Die Bewerbungsunterlagen für den Teilnahmewettbewerb sind bei der unter Buchstabe a) angegebenen Stelle abzufordern.

In die engere Wahl kommen nur solche Teilnahmeanträge und Angebote, die nach Prüfung und Wertung gemäß § 16 VOB/A nicht ausgeschlossen werden.

Aus dieser Bewerbung folgen 2 getrennte Angebotsverfahren:

1. Auftraggeber SBH: Gegenstand sind die durch SBH betreuten Schulen und Immobilien, sowie die Dienststellen der Finanzbehörde (ohne Finanzämter).
2. Auftraggeber GMH: Gegenstand sind die durch die GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH betreuten Schulen und Immobilien.

Der Auftraggeber GMH wird die gesamte Beauftragung und Rechnungsstellung bis mindestens Ende 2015 über das Onlineportal „mareon“ abwickeln. Dazu ist es für den Handwerker zwingend erforderlich, sich unter www.mareon.com zu registrieren. Weitere Informationen zum Ablauf und über Kosten zur Nutzung dieses Dienstes finden sie ebenfalls auf zuvor genanntem Onlineauftritt. Die Nutzungsgebühren werden vom Auftraggeber nicht gesondert vergütet und sind in die Einzelpositionen einzurechnen.

Verfahrensablauf Angebotsphase:

Für die Rahmenvertragspreise werden aus den Angeboten der Bieter pro Auftraggeber (getrennte LVs), die aufgrund des Teilnahmewettbewerbes zur Angebotsabgabe aufgefördert worden sind, bereinigte Mittelpreise errechnet.

Das entsprechende Preisverzeichnis wird den für die Auftragserteilung in Betracht kommenden Bieterinnen und Bieter mit der Aufforderung übersandt, zu erklären, ob sie zur Ausführung der Leistungen zu den festgesetzten Preisen bereit sind.

Die Unternehmen, die diese Erklärung abgegeben haben, werden in die Liste der Vertragsunternehmen aufgenommen. Für SBH sind insgesamt bis zu 21 Unternehmen, für GMH sind insgesamt bis zu 8 Unternehmen vorgesehen. Ein Anspruch auf eine Berücksichtigung bei der Auftragsvergabe, ein bestimmtes Auftragsvolumen oder eine bestimmte Region innerhalb der Hansestadt Hamburg kann daraus nicht abgeleitet werden.

HINWEIS: Die zu schließenden Verträge unterliegen dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen werden diese nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung können die Verträge Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

- e) Allgemeinbildende und Berufliche Schulen und Immobilien der Freien und Hansestadt Hamburg, die von SBH | Schulbau Hamburg und GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH, sowie der Finanzbehörde (ohne Finanzämter) bewirtschaftet werden.

f) Vergabenummer: **SBH ÖT 007/2015**

Die Rahmenverträge „Heizungsarbeiten Reparatur“ beinhalten die Heizungsarbeiten in der Instandhaltung der Gebäude.

Sie dienen als Auftragsgrundlage für die Vergabe von Bauleistungen für Maßnahmen der Bauunterhaltung sowie Reparaturleistungen und sonstige Unterhaltungsarbeiten von geringem Umfang.

Nach den Rahmenverträgen können Aufträge von maximal 5000,- Euro brutto pro Einzelauftrag erteilt werden. Das Auftragsvolumen wird insgesamt für alle am SBH-Vertrag beteiligten Firmen (Firmenliste mit bis zu 21 Firmen) auf 588.000,- Euro/Jahr netto, für alle am GMH-Vertrag beteiligten Firmen (Firmenliste mit bis zu 8 Firmen) auf 222.000,- Euro/Jahr netto geschätzt.

g) Entfällt

h) siehe Buchstabe d)

i) Beginn: 1. September 2015

Ende: 31. August 2016 mit der Option auf Verlängerung

j) Entfällt

k) Entfällt

l) Entfällt

m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am 5. Mai 2015 um 12.00 Uhr.

Anträge sind zu richten an: Anschrift siehe Buchstabe o)

n) Kalkulationsunterlagen erhalten nur Firmen, die den Anforderungen des ÖT entsprechen. Die Unterlagen werden voraussichtlich Mitte/Ende Mai 2015 an die qualifizierten Firmen verschickt.

Mit der Versendung dieser Unterlagen wird der Submissionstermin mitgeteilt. Dieser wird voraussichtlich Mitte Juni 2015 stattfinden.

o) Anschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde
SBH | Schulbau Hamburg
Einkauf/Vergabe U 40
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Öffnung der Teilnahmeanträge ist nicht öffentlich.

r) Entfällt

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.

Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:

- a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.
- b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
- c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
- d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregisterauszuges, der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.
- e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.
- f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
- g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/Wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 21 Absatz 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2500,- Euro belegt worden bin/sind. Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen gehandelt wurden.“
- h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer gültigen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.
- i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

HINWEIS: Bitte fordern Sie den Teilnahmeantrag per E-Mail bei folgender E-Mail-Adresse ab:

vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Alternativ können Sie unter Angabe ihrer E-Mail-Adresse den Teilnahmeantrag per Telefax abfordern:

Telefax: 040/4 27 31 - 01 43

v) Die Zuschlagsfrist endet am 31. August 2015

w) Beschwerdestelle:

Freie und Hansestadt Hamburg

Finanzbehörde,

SBH | Schulbau Hamburg

Frau Gertrud Theobald (Geschäftsführung)

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

Telefax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 8. April 2015

Die Finanzbehörde

293

Sonstige Mitteilungen

Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A

DESY-Ausschreibungsnummer: C2022-15

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Absatz 1 VOB/A.

c) Elektronische Auftragsvergabe:

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.

d) Art des Auftrags: Einheitspreisvertrag

e) Ort der Ausführung:

Betriebsgelände Deutsches Elektronen-Synchrotron
DESY in Hamburg.

f) Art und Umfang der Leistung:

Beide Hallen befinden sich auf dem DESY-Gelände und sind hier ca. 400 Meter voneinander entfernt.

Bei den Tischlerarbeiten handelt es sich im Wesentlichen um folgende Bauteile:

Für Los 1, Halle „East“

- 4 Stück Stahltüren
- 48 Stück HPL-Türen mit Stahl-U-Zarge
- 8 Stück HPL-Türen mit Stahl-U-Zarge T-30 RS
- 1 Stück Teeküche
- 22 lfm Blendschutz innen

756

Dienstag, den 14. April 2015

Amtl. Anz. Nr. 29

- 180 lfm Fensterbänke innen
- 13 lfm Trennwandanlagen
- Für Los 2, Halle „North“
- 10 Stück. Stahltüren
- 44 Stück HPL-Türen mit Stahl-U-Zarge
- 5 Stück HPL-Türen mit Stahl-U-Zarge T-30 RS
- 1 Stück Teeküche
- 18 lfm Blendschutz innen
- 150 lfm Fensterbänke innen
- 26 lfm Trennwandanlagen
- g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** Entfällt
- h) **Losweise Vergabe:** Eine losweise Vergabe ist nicht vorgesehen.
- i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**
Mit der Ausführung ist zu beginnen innerhalb von 12 Tagen nach Aufforderung durch den Auftraggeber; die Aufforderung wird voraussichtlich bis zum Ende der Zuschlagsfrist zugehen. Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen) am 11. August 2015. Zwischentermine sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.
- j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:**
Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen** unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2022-15 PETRA:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg,
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
- l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** Entfällt
- m) **Bei Teilnahmeantrag:**
Anträge auf Teilnahme/Angabensunterlagen können bis zum 5. Mai 2015 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 5. Mai 2015 versendet.
- n) **Frist für den Eingang der Angebote:**
Bis Dienstag, den 12. Mai 2015 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
- o) **Anschrift:**
Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung
DESY C2022-15 PETRA
Angebotstermin: 12. Mai 2015,
Uhrzeit: 10.00 Uhr
per Briefpost/Boten zu richten an:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Briefpost: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.

- p) **Sprache:**
Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) **Eröffnung:**
Am Donnerstag, dem 12. Mai 2015 um 10.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.
Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein. Die jeweils erforderliche Vollmacht ist zum Termin mitzubringen.
- r) **Geforderte Sicherheiten:**
sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.
- s) **Zahlungsbedingungen:**
sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.
- t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**
Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**
Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen: Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v.H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.
Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärungen zur Eignung“ des Vergabehandbuchs Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,- Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern. Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.
- v) **Zuschlagsfrist:** 11. Juni 2015
- w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**
Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, kaufmännisches Mitglied des Direktoriums.

Hamburg, den 8. April 2015

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

294